Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 23. November 2011, 14:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 12/2011

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Beigeordneter Stefan Becker
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied FW-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste Gerd-Dieter Mönck
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Udo Weiß
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Finanzwirtschaft Stefan Kück
Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak
Fachbereichsleitung Feuerwehr Steffen Lutter

vom Eigenbetrieb

Kaufmännischer Betriebsleiter Technische Betriebe Wilhelmshaven Holger Kullik
Betriebsleiter Technik Technische Betriebe Wilhelmshaven Tim Menke

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde ab Seite 17

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

3	Aktuelle Stunde	
4	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
5.1	Entsendung von Ersten Stadtrat Stoffers in den Aufsichtsrat des Psychiatrieverbundes Oldenburger Land gGmbH	**332/2011**
6.1.1	Wirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH	**330/2011**
6.1.2	Antrag der BASU-Fraktion auf Reduzierung der Zahl der Ratsmandate	**536/2011**
6.1.3	Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung: Protokolle von Gremien mit städtischer Beteiligung werden allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt	**531/2011**
6.1.4	Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung - diverse Änderungen mit Entwurf	**532/2011**
6.1.5	Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Entschädigungssatzung	**535/2011**
6.1.6	Antrag der BASU zur Gehaltsanpassung im Bereich RNK	**538/2011**
6.1.7	Antrag der BASU-Fraktion auf unverzügliche Abgeltung der Überstunden im Bereich der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven	**539/2011**
6.1.8	Nachtrag zum Haushalt 2011/2012	
6.1.8.1	Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 und 2012	
6.1.8.2	Wesentliche Abweichungen 1. Nachtrag 2012 zum Haushalt 2011/12	
6.1.8.3	Haushaltssicherungskonzept 2012	
6.1.8.3.1	Antrag der BASU-Fraktion mit verschiedenen Vorschlägen zum Haushaltssicherungskonzept	**537/2011**
6.1.8.3.2	Anträge von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) zur Haushaltssicherung	**540/2011**
6.1.8.4	Langfristiges Konsolidierungsprogramm bis 2025	
6.1.8.5	Investitionsprogramm 2011-2015	
6.1.9	1. Nachtragshaushaltssatzung 2011/2012 der Stadt Wilhelmshaven	**329/2011**
6.2.1	Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2010	**319/2011**
6.3.1	Jahresabschluss 2010 Straße und Grün in Wilhelmshaven (SGW) und Entlastung der Betriebsleitung	**318/2011**
7	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
8.1	Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	**541/2011**

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Ratssitzung überreichten Vertreter aus Vorstand, Beirat sowie der Mitglieder des „Vereins zum Erhalt der Südzentrale e. V." rund 3.000 Unterschriften Wilhelmshavener Bürger an den Oberbürgermeister sowie die Ratsvorsitzende Frau Glaser. Damit verbunden war die Bitte, den Verein bei seinen Bemühungen um den Erhalt sowie einer neuen Nutzung der Südzentrale zu unterstützen.

Anschließend eröffnete **Ratsvorsitzende Glaser** die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Für die „aktuelle Stunde" lagen keine Beratungsgegenstände vor.

4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

Herr Stoffers informierte über eine von Ratsherrn Dr. von Teichman erwirkte einstweilige Anordnung: Herr Dr. von Teichman habe sich gegen die Begrenzung der Redebeiträge in § 12 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Rates gewandt, die vorsehe, dass jedes Ratsmitglied zu einem Beratungsgegenstand nur einmal das Wort ergreifen dürfe. Er sehe hier eine Ungleichbehandlung von ihm als fraktionslosem Ratsmitglied gegenüber den Fraktionen, die aufgrund ihrer Mitgliederzahl eine bessere Möglichkeit habe, ihre Meinung zu vertreten.
Nachdem Herr Stoffers die Entscheidung des Gerichtes zusammenfassend dargestellt hatte, machte er darauf aufmerksam, dass Herr Dr. von Teichman daher bis auf weiteres per einstweiliger Anordnung für sich erwirkt habe, zu jedem Beratungsgegenstand zweimal das Wort zu erhalten.

5.1 Entsendung von Ersten Stadtrat Stoffers in den Aufsichtsrat des Psychiatrieverbundes Oldenburger Land gGmbH **332/2011**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 21.11.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Entsendung von Herrn **Erster Stadtrat Jens Stoffers** in den Aufsichtsrat des Psychiatrieverbandes Oldenburger Land gGmbH zu.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.1.1 Wirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH **330/2011**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 21.11.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH wird zugestimmt.

Der geplante Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

6.1.2 Antrag der BASU-Fraktion auf Reduzierung der Zahl der Ratsmandate **536/2011**

Frau Breuer trug als Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft den Antrag der BASU-Fraktion vor:

„Der Rat möge beschließen:

Reduzierung der Ratsmandate

Nach den nächsten Kommunalwahlen wird die Zahlt der Mitglieder des Rates der Stadt Wilhelmshaven auf 38 Ratsmitglieder festgelegt.“

Herr Föhlinger signalisierte die Ablehnung des Antrages von Seiten der Mehrheitsgruppe. Zwar habe man sich dort ebenfalls für eine Reduzierung der Zahl der Ratsmitglieder ausgesprochen, dennoch gebe er zu bedenken, dass der Rat an seine einmal getroffene Festlegung gebunden sei; nachträgliche Änderungen könnten nicht mehr vorgenommen werden. Aus diesem Grunde halte es die Mehrheitsgruppe für ratsam, den Stichtag im Jahr 2015 abzuwarten.

Herr Tjaden verlieh seinem Unverständnis gegenüber dieser Aussage Ausdruck. Dazu verwies er auf die besonders von Seiten der CDU in der Vergangenheit geäußerte Absicht, eine Verringerung der Ratsmandate herbeiführen zu wollen.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich ebenfalls verwundert über die Aussage von Herrn Föhlinger, zumal es sich um ein durchaus begrüßenswertes Ansinnen handele.

Herr Biehl zeigte sich optimistisch, dass spätestens zum Stichtag 30.04.2015 von welcher Seite auch immer ein entsprechender Vorschlag an den Rat herangetragen werde. Von daher halte auch er den Antrag der BASU für verfrüht.

Herr Tjaden erklärte, das Anliegen sei kein neues; es sei in der Vergangenheit immer wieder von verschiedenen Seiten vorgeschlagen und immer wieder abgelehnt worden. Da es scheinbar allgemein ein wichtiges Anliegen sei, eine Verkleinerung des Rates zur nächsten Kommunalwahl sicher herbeizuführen, stelle sich ihm die Frage, warum dies nicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt geschehen könne.

Der Antrag wurde anschließend bei Gegenstimmen von SPD, CDU, Grünen und Oberbürgermeister Wagner **mehrheitlich abgelehnt**.

6.1.3 Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung: Protokolle von Gremien mit städtischer Beteiligung werden allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt **531/2011**

Herr Tjaden erklärte, er werde seine Anträge zur Hauptsatzung (Tagesordnungspunkte **6.1.3** und **6.1.4**) wie auch zur Entschädigungssatzung (Tagesordnungspunkt **6.1.5**) **zurückziehen** und statt dessen auf die nächste Ratssitzung im Dezember vertagen, da dort die Beratung beider Satzungen von Seiten der Verwaltung ohnehin vorgesehen sei.

6.1.4 Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Hauptsatzung - diverse Änderungen mit Entwurf **532/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde **zurückgezogen.**

6.1.5 Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Entschädigungssatzung **535/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde **zurückgezogen.**

6.1.6 Antrag der BASU zur Gehaltsanpassung im Bereich RNK **538/2011**

Herr Tjaden trug den Antrag der BASU-Fraktion wie folgt vor:

„Der Rat möge beschließen:

Der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und der Betriebsausschuss des RNK werden damit beauftragt alle Auszubildenden und Beschäftigten aller Betriebszweige der RNK-gGmbH, die momentan unter sogenannten Haustarifen beschäftigt werden, schnellstmöglich wieder in den TVöD zu übernehmen.“

Herr Hellwig machte auf die derzeitige finanzielle Lage des Krankenhauses aufmerksam. Vor diesem Hintergrund und um weiteren geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation nicht vorzugreifen, werde die Mehrheitsgruppe diesen Antrag ablehnen.

Frau Biester ergänzte, dies bleibe dennoch ein Punkt, den es in dieser Wahlperiode abzuarbeiten gelte. Die finanzielle Situation des Krankenhauses sei jedoch schwierig, so dass die sich aus dem Antrag ergebenden Mehrkosten derzeit nicht realisierbar seien. Eine Zustimmung zu diesem Antrag sei nutzlos, wenn vielleicht zunächst alle Arbeitnehmer den gleichen Lohn erhielten, diese jedoch anschließend aufgrund einer eventuellen Insolvenz des Arbeitgebers arbeitslos würden. Daher könne die logische Reihenfolge nur sein, zunächst eine finanzielle Gesundung des Krankenhauses zu erreichen und erst dann einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Arbeitnehmer zu entwickeln. Aus diesem Grunde könne der Antrag der BASU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nur abgelehnt werden.

Herr Dr. von Teichman stimmte Frau Biester dahingehend zu, als dass dem Krankenhaus große finanzielle Probleme zugeschrieben werden müssten und eine Zustimmung zu diesem Antrag nur weitere Probleme zur Folge hätte. Die Struktur des Reinhard-Nieter-Krankenhauses gebe eine Umsetzung der Forderungen nicht mehr her. Hier müssten nunmehr vollkommen neue Wege gefunden werden, was seiner Meinung nach auf eine logische Konsequenz hinauslaufe, nämlich die der Privatisierung. Seiner Meinung nach führe kein Weg an diesem Schritt vorbei.

Herr Tjaden bezweifelte, dass die Gehälter in einem privatisierten Krankenhaus besser seien, als bisher. Es sei auch klar, dass die Forderung der BASU erst nach der finanziellen Gesundung des Hauses erfüllt werden könne. Aus diesem Grunde habe er bewusst auf Zeitvorgaben im Antrag verzichtet. Es gehe ihm lediglich darum, dass der Rat hier einen Auftrag erteile, wobei die Form der Umsetzung den zuständigen Gremien vorbehalten bleibe. Er könne keine Gründe erkennen, warum dieser Antrag nicht beschlossen werden dürfe. Niemand wolle das Reinhard-Nieter-Krankenhaus in den finanziellen Ruin stürzen. Andererseits zeige die sich aus dem Antrag ergebende aufzuwendende Summe, wie viel zu wenig den dortigen Mitarbeitern für deren hervorragende Arbeit gezahlt werde.

Herr Biehl hielt den Antrag für ungerecht: Aus welchen Gründen auch immer dieser abgelehnt werde, man sende damit in jedem Fall ein falsches Signal an die Mitarbeiter des Krankenhauses. Wichtig sei hier aber auch die Betrachtung des Zustandekommens dieser besonderen Situation, die in der Umwandlung von einem städtischen Krankenhaus in einen Eigenbetrieb als GmbH begründet liege. Dazu verweise er auf die aktuellsten Entwicklungen, nach denen die Thematik neu angegangen werde und die eigentlich die Rücknahme des Antrages erforderten. Es sei von größter Bedeutung, dass das Thema in Ruhe weiter entwickelt werden könne. Von daher halte auch er den Antrag für übereilt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der Antrag der BASU-Fraktion zur Gehaltsanpassung im Bereich des Reinhard-Nieter-Krankenhauses bei 3 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion, Ratsherr Hammadi - Die.Linke) **mehrheitlich abgelehnt.**

6.1.7 Antrag der BASU-Fraktion auf unverzügliche Abgeltung der Überstunden im Bereich der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven **539/2011**

Herr Tjaden brachte einen weiteren Antrag der BASU-Fraktion mit anschließender Begründung ein:

„Der Rat möge beschließen:

Antrag zur unverzüglichen Abgeltung von Überstunden

1. *Die Verwaltung legt dem Rat noch vor Ende des Jahres 2011 ein mit den Betroffenen abgestimmtes Konzept zur Abgeltung der Überstunden (Lüneburgstunden) im Bereich der Berufsfeuerwehr vor.*
2. *Der Rat der Stadt stellt vorsorglich für das Haushaltsjahr 2012 zusätzlich 500.000 Euro in den Haushalt.“*

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass die Stadt bereits in Kontakt mit den betroffenen Mitarbeitern stehe und eine Abschlagszahlung in Aussicht gestellt worden sei. Somit gebe es aus seiner Sicht keinen Grund für diesen Antrag. Der Rat sollte vielmehr die Verwaltung unterstützen und nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Die CDU-Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Tjaden erklärte, dies sei zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht bekannt gewesen. Er bitte daher um eine kurze Mitteilung seitens der Verwaltung zum aktuellen Sachstand.

Herr Dr. Graul führte dazu aus, die Stadt als oberster Dienstherr habe alle Feuerwehrbeamte schriftlich darüber in Kenntnis gesetzt, dass ihre Forderungen vorbehaltlich der Genehmigung durch das Innenministerium als Aufsichtsbehörde anerkannt würden. Es würden den Betroffenen nun konkrete Gespräche zum Thema durch die Personalverwaltung angeboten. Ob die Überstunden als Freizeitausgleich oder aber finanziell abgegolten würden, müsse jeder selbst entscheiden. Aus diesen Gründen sei eine Aussage über die entstehenden Kosten noch nicht möglich.

Herr Biehl hielt es für wünschenswert, wenn die BASU-Fraktion aufgrund der aktuellen Entwicklung ihren Antrag zurück ziehen würde.

Herr Tjaden hielt seinen Antrag aufrecht; dieser wurde jedoch in der folgenden Abstimmung bei 2 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion) und 3 Enthaltungen (FW-Fraktion; Die.Linke) **mehrheitlich abgelehnt**.

6.1.8 Nachtrag zum Haushalt 2011/2012

6.1.8.1 Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 21.11.2011 vor und machte dabei auf die dazugehörigen Anlagen aufmerksam, die in den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 6.1.8.2 bis 6.1.8.5 enthalten sind.

Die Abstimmung über die Nachtragshaushaltssatzung erfolgt erst unter Punkt 6.1.9, nach Beratungen über die oben angegebenen Anlagen.

6.1.8.2 Wesentliche Abweichungen 1. Nachtrag 2012 zum Haushalt 2011/12

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

6.1.8.3 Haushaltssicherungskonzept 2012

Frau Glaser rief die Punkte des Haushaltssicherungskonzeptes nacheinander auf und ließ über diese einzeln abstimmen:

Ziffer 1.1: Gesamtaufwendungen

Rat und Verwaltung verpflichten sich, im Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2015 keine Erhöhung der Gesamtaufwendungen gegenüber den Festsetzungen des 1. NT 2011/12 zu beschließen. Ausnahmen von der Einhaltung der Gesamtaufwendungen sind nur möglich, wenn eine vollständige Refinanzierung durch entsprechende Mehrerträge gesichert wird.

- keine Wortmeldungen -

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(2 Nein-Stimmen - BASU-Fraktion; 1 Enthaltung - Die.Linke)

Ziffer 1.2: Schulentwicklungsplanung (SEP II)

Der Rat beschließt die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung auf Basis der dargestellten Standortoptionen.

Aus der Anlage:
1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erklärt seine Bereitschaft, anknüpfend an seine früheren Beschlüsse die Standorte der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen in Wilhelmshaven entsprechend der demographischen Entwicklung sowie nach pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien in den nächsten Jahren neu zu ordnen.

2. Er wird rechtzeitig ab 2012 die erforderlichen Beschlüsse zur Schulentwicklungsplanung sowie nach § 106 NSchG fassen, um

- *die Anzahl der Grundschulen von derzeit 13 auf 10 (davon 1 kath.) zu reduzieren und damit auch weiterhin pädagogisch leistungsfähige, zentral gelegene Grundschulstandorte zu sichern,*
- *die Standorte der Haupt- und Realschulen im Stadtnorden und in der Stadtmitte zusammenzufassen und damit auch Kooperationsmöglichkeiten zu unterstützen,*
- *die beiden Förderschulen an einem Standort zusammenzufassen,*
- *die beiden berufsbildenden Schulen am Standort Friedenstraße/tom-Brok-Straße („BBS – Campus“) räumlich und organisatorisch zu konzentrieren.*

3. Damit werden nicht nur pädagogisch leistungsfähige, modern ausgestattete Schulstandorte geschaffen bzw. gesichert. Gleichzeitig erreicht die Stadt Wilhelmshaven damit – dem Gebot sparsamer Haushaltsführung entsprechend - ab 2016 allgemein-gültige Flächenkennziffern (z.B. der KGSt).

Herr Hellwig beantragte, den in der Anlage zu diesem Punkt beigefügten Beschlussvorschlag unter Ziff. 2 beim ersten Spiegelstrich nach der Zahl „13“ **um das Wort „gegebenenfalls“ zu ergänzen**:

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass die weitere Schulentwicklung in den zuständigen Gremien sorgfältig und in Ruhe beraten werden müsse. Er sehe keinen Grund hiervon abzuweichen und diesen Antrag zu stellen. Damit werde möglicherweise Unmut geschürt, der unnötig sei und zudem ungeeignet für eine Haushaltssitzung.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass die insgesamt im Beschlussvorschlag dargestellten Optionen erst in einigen Jahren zum Tragen kämen und nicht lediglich für eine Verbesserung der Ergebnisse für die Kommunalaufsicht benutzt werden dürften. Aus diesem Grunde sehe er den Änderungsantrag als tragbaren Kompromiss.

Herr Tjaden fügte hinzu, niemand sei gegen die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, wohl aber gegen die vorgestellten Festlegungen. Aus diesem Grunde **beantrage er, den gesamten zweiten Absatz dieses Beschlussvorschlages zu streichen**.

Herr Möhle erklärte, es sei richtig, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen und den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben. Ziel müsse hier unbedingt sein, die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit aller Bereiche fortzuführen.

Der Änderungsantrag von **Herrn Tjaden** wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

Dem Änderungsantrag von **Herrn Hellwig** wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Der **Beschluss** lautet nun wie folgt:

Der Rat beschließt die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung auf Basis der dargestellten Standortoptionen.

Aus der Anlage:
1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erklärt seine Bereitschaft, anknüpfend an seine früheren Beschlüsse die Standorte der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Schulen in Wilhelmshaven entsprechend der demographischen Entwicklung sowie nach pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien in den nächsten Jahren neu zu ordnen.

2. Er wird rechtzeitig ab 2012 die erforderlichen Beschlüsse zur Schulentwicklungsplanung sowie nach § 106 NSchG fassen, um

- *die Anzahl der Grundschulen von derzeit 13 **gegebenenfalls** auf 10 (davon 1 kath.) zu reduzieren und damit auch weiterhin pädagogisch leistungsfähige, zentral gelegene Grundschulstandorte zu sichern,*
- *die Standorte der Haupt- und Realschulen im Stadtnorden und in der Stadtmitte zusammenzufassen und damit auch Kooperationsmöglichkeiten zu unterstützen,*
- *die beiden Förderschulen an einem Standort zusammenzufassen,*
- *die beiden berufsbildenden Schulen am Standort Friedenstraße/tom-Brok-Straße („BBS – Campus“) räumlich und organisatorisch zu konzentrieren.*

3. Damit werden nicht nur pädagogisch leistungsfähige, modern ausgestattete Schulstandorte geschaffen bzw. gesichert. Gleichzeitig erreicht die Stadt Wilhelmshaven damit – dem Gebot sparsamer Haushaltsführung entsprechend - ab 2016 allgemein-gültige Flächenkennziffern (z.B. der KGSt).

Ziffer 1.3: Alle kulturellen Einrichtungen

Die Verwaltung erhält den Auftrag, die Neuordnung aller kulturellen Einrichtungen möglichst unter "einem Dach" zu prüfen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass dies bereits in der Vergangenheit als Teil früherer Haushaltskonsolidierungskonzepte beschlossen worden und in Beratungen immer wieder thematisiert worden sei. Leider sei es hier bislang noch nicht zu einer Umsetzung gekommen. In diesem Zusammenhang betonte er die Bedeutung einer Steigerung der Besucherzahlen anstelle weiterer Streichungen. Er zeige sich skeptisch, ob der Verwaltungsvorschlag zum Erfolg führen könne.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(2 Gegenstimmen - BASU-Fraktion; 2 Enthaltungen - FDP, Die. Linke)

Ziffer 1.4: Technische Betriebe Wilhelmshaven - Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen der Kernverwaltung, soweit von TBW bewirtschaftet (z. B. Straßen, Wege, Plätze) und die Grünflächen sollen auf TBW übertragen werden. Der Umsetzungsbeschluss soll im kommenden Jahr erfolgen.

Herr Dr. von Teichman bat um weitergehende Erläuterung dazu und um Darlegung der Konsequenzen.

Herr Tjaden vermisste zur Einschätzung des möglichen Spareffektes die dazugehörigen Zahlen. Sollte es sich um eine kostenneutrale Maßnahme handeln, gehöre dies seiner Meinung nach nicht in ein Haushaltssicherungskonzept.

Herr Stoffers erklärte, es handele sich zunächst einen Grundsatzbeschluss für die Verwaltung. Die Beschlüsse mit den finanziellen Auswirkungen erfolgten zu einem späteren Zeitpunkt, zumal die entsprechenden Zahlen sehr kompliziert zu ermitteln seien. Anhand einiger Beispiele zeigte er die Vorteile einer einheitlichen Zuständigkeit bei der Aufgabenwahrnehmung auf.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 1.5: Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven – Büro- und Schulausstattung

Die Mobilien (Büro- und Schulausstattung) und die zukünftige Beschaffung sollen auf GGS übertragen werden. Der Umsetzungsbeschluss soll im kommenden Jahr erfolgen.

Nach Auffassung von **Herrn Dr. von Teichman** handele es sich hier um eine gewollte „Verschönerung“ des Haushaltes für die Kommunalaufsicht, indem die Investitionen aus dem Kernhaushalt in die Beteiligungen zu verschoben würden. Er wünsche sich auch hier etwas ausführlichere Erläuterungen über die Auswirkungen.

Herr Stoffers widersprach der Auffassung von Herrn Dr. von Teichman: Dieses Thema sei mit der Kommunalaufsicht abgesprochen; man sei dort mit diesem Vorhaben einverstanden. Selbstverständlich werde von dort dennoch das Thema Kredite kritisch betrachtet. Die Stadt werde hier mit äußerster Sparsamkeit vorgehen. Abschließend erläuterte Herr Stoffers das Thema Kredite.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Ziffer 1.6: Konzern Stadt – Optimierung der Gesellschaften

Die Verwaltung erhält den Auftrag, die regionalen Beteiligungen (Ostfriesl. Tourismus GmbH, TCN, Industriewasserversorgungsgesellschaft) zu überprüfen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an die vergangenen Diskussionen zu diesem Thema, besonders an die Einrichtung des Unterausschusses. Die Aufträge des Rates an die Verwaltung zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine Umstrukturierung seien bedauerlicherweise bislang nicht weiter verfolgt worden. Aus diesem Grunde sei dieser erneute Beschluss für ihn überflüssig.

Herr Hellwig beantragte, im Beschlussvorschlag **das Wort „regionalen“ sowie den Klammerzusatz zu streichen**.

Herr Biehl appellierte, diesem Beschluss auch Taten folgen zu lassen. Dies dürfe nicht allein der Beruhigung der Kommunalaufsicht dienen. Zudem halte er eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse über dieses Thema zur Information für die neuen Ratsmitglieder für sinnvoll.

Herr Tjaden verlieh seinem Unverständnis gegenüber der Beschränkung auf regionale Beteiligungen Ausdruck. Auch er halte es für sinnvoller, alle Beteiligungen überprüfen zu lassen. Nachdem er kurz das Thema „AöR" Revue hatte passieren lassen, stimmte Herr Tjaden dem Einwand von Herrn Dr. von Teichman zu, dass dies ein überflüssiger Beschluss sei, da es bereits einen entsprechenden Auftrag des Rates an die Verwaltung gegeben habe.

Herr Stoffers erinnerte daran, dass die Überprüfung der Beteiligungen eine Daueraufgabe der Verwaltung sei und es dazu keines gesonderten Beschlusses bedürfe. Der hier erfolgte Zusatz resultiere aus der Diskussion der letzten Wahlperiode über die Fortführung der städtischen Beteiligung am TCN, die bislang auch noch nicht abgeschlossen sei. Bei den regionalen Beteiligungen gehe es im Allgemeinen nicht um große Beiträge, sehr wohl aber um Zeichen für die übrige Region. Aus diesem Grunde seien diese Beteiligungen hier herausgehoben worden. Das große Thema der Überarbeitung der gesamten Beteiligungsstruktur der Stadt werde derzeit von der Verwaltung abgearbeitet, benötige jedoch aufgrund der komplexen Sachverhalte noch weiter Zeit.
Bezüglich der Anregung von Herrn Biehl mache er drauf aufmerksam, dass den neuen Ratsmitgliedern bereits umfangreiche Unterlagen zum Haushaltsrecht zur Verfügung gestellt worden sei. Eine weitere Übersicht über alle städtischen Beteiligungen halte er aufgrund des immensen Umfanges für nicht ratsam.
Abschließend appellierte er an den Rat, das Thema gemeinsam Schritt für Schritt anzugehen.

Herr Dr. von Teichman lobte die von Herrn Stoffers erwähnten Unterlagen. Bezüglich der regionalen Beteiligungen machte er auf die große Brisanz des Themas besonders bezüglich des Tourismus und der regionalen Zusammenarbeit aufmerksam. Dies belegte er an den Beispielen der OTG und des TCN.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass aus diesem Grunde der Änderungsantrag gestellt worden sei. Es sollen alle Beteiligungen der Stadt auf ihre Effizienz geprüft werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der Änderungsantrag von Herrn Hellwig **einstimmig angenommen**.

Der **Beschluss** lautet nun wie folgt:

Die Verwaltung erhält den Auftrag, die ~~regionalen~~ Beteiligungen ~~(Ostfriesl. Tourismus GmbH, TCN, Industriewasserversorgungsgesellschaft)~~ zu überprüfen.

Ziffer 2.1: Verbesserung des Stadtbildes; Aufgabe der Schmuckbeete zugunsten der Pflege des Straßengrüns

Herr Föhlinger hielt diesen Vorschlag für wenig sinnvoll, da die entsprechenden Zahlen fehlten. Aus diesem Grunde beantrage er die **Zurückverweisung an den zuständigen Fachausschuss**.

Herr Tjaden sprach sich für die Erhaltung der Schmuckbeete aus. Insbesondere wolle er auf die Folgen der Aufgabe der Schmuckbeete aufmerksam machen: Es würden keine Pflanzen mehr dafür gezüchtet, die bislang noch in großer Zahl benötigt würden. Als weitere Folge könnten auch keine Auszubildenden mehr beschäftigt werden. Er empfehle daher, den Punkt ersatzlos zu streichen.

Der Antrag von Herrn Föhlinger wurde mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen (BASU-Fraktion) angenommen.

Ziffer 2.2

a) Vermarktung des Grundstückes Schulverkehrsgarten

Herr Biehl warf die Frage auf, ob mit den Schulen tatsächlich geklärt sei, dass diese auf den Schulverkehrsgarten verzichten können. Um dies mit den Schulen und dem Schulausschuss als zuständigem Fachausschuss noch einmal in Ruhe besprechen zu können, beantrage er die **Zurückverweisung an den Schulausschuss**.

Herr Föhlinger beantragte, den **Punkt zu streichen**. Die Stadt könne stolz auf diese Einrichtung ein und dürfe mit deren Aufgabe nicht die Verkehrserziehung der Kinder in Frage stellen.

Herr Dr. von Teichman verwies auf die bereits geführten ausführlichen Diskussionen zum Thema. Seiner Meinung nach stelle die Vermarktung des Grundstückes und damit die Aufgabe des Schulverkehrsgartens keinen Verlust in der Verkehrserziehung für Kinder dar. Diese Aktivitäten ließen sich problemlos auf die Schulhöfe verlegen. Zudem werde das Gelände ohnehin nur sehr selten genutzt.
Auch dürfe der Aspekt der Innenstadtverdichtung nicht aus den Augen gelassen werden, so dass es durchaus sinnvoll erscheine, das Grundstück für eine Vermarktung zu nutzen.

Herr Walpurgis merkte an, dass der Anteil dieses Postens am gesamten Haushalt kein großer sei. Von daher sei es seiner Meinung nach das bessere Zeichen, den Schulverkehrsgarten zu erhalten.

Der **Antrag von Herrn Biehl** auf Rückverweisung wurde daraufhin **mehrheitlich abgelehnt.**

Der Antrag von **Herrn Föhlinger** auf Streichung wurde **mehrheitlich angenommen**.

b) Mietreduzierung Schulen

- keine Wortmeldungen -

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –

Ziffer 2.3 Grundsteuer B – Hebesatzerhöhung von 430 auf 465 v. H. ab 2012

An der angeregten Diskussion über die Auswirkungen einer Steuererhebung und die Haushaltslage der Stadt beteiligten sich **Herr Hellwig**, **Herr Biehl**, **Herr Dr. von Teichman**, **Frau Biester**, **Herr Tjaden**, **Herr Prof. Reuter** und **Herr Becker**.

Beschluss: - mehrheitlich abgelehnt –

Ziffer 2.4 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - Schuldenbremse im Investitionshaushalt; keine Nettoneuverschuldung

- keine Wortmeldungen -

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Nach Abschluss der Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept wies **Herr Stoffers** darauf hin, dass die Kommunalaufsicht angekündigt habe, ein besonderes Augenmerk auf klare Aussagen zur Schulentwicklungsplanung wie auch zur Erhöhung der Grundsteuer B zu legen. Da beides vom Rat abgelehnt worden sei, seien diese Themen weiter mit der Kommunalaufsicht zu diskutieren.

6.1.8.3.1 Antrag der BASU-Fraktion mit verschiedenen Vorschlägen zum Haushaltssicherungskonzept **537/2011**

Herr Stoffers verwies auf den Beschluss im Finanzausschuss, den Antrag an die jeweils zuständigen Fachausschüsse zurück zu verweisen. Daher bitte er um Auskunft von Herrn Tjaden, ob er damit einverstanden sei, wenn der Rat sich diesem Antrag anschließe.

Herr Tjaden erklärte sich einverstanden, verbunden mit der Bitte, den Rat regelmäßig über den Stand der Beratungen und über die erzielten Ergebnisse zu informieren.

Der Antrag auf Rückverweisung an die Fachausschüsse wurde einstimmig angenommen.

6.1.8.3.2 Anträge von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) zur Haushaltssicherung **540/2011**

Herr Dr. von Teichman trug folgenden Antrag mit Vorschlägen zur Haushaltssicherung vor:

*„**Der Rat beschließt:***

1. *Umfassende Analyse, welche Aufgaben zusammen mit dem Landkreis Friesland wahrgenommen werden können. Einsparungen von 1 bis 2 Millionen sind eher pessimistisch. (z.B.: RPA, Gesundheitsamt, Kultursteuerung, Kultureinrichtungen, Personalabrechnung, EDV).*

2. *Prüfung, welche Dienstleistungen die Stadt und die Gesellschaften privat vergeben können (z.B. Gartenpflege, Hausmeister, Werkstätten, Ampelpflege, Reinigungs-dienst) (5 Mio).*

3. *Prüfung Fahrzeugpark von Stadt und Gesellschaften, hier Synergien? Wahrscheinlich deutliche Reduzierung möglich (0,5 Mio). Wie oben erwähnt ist eine erste Analyse nach langer Zeit vorgelegt worden. Die*

Verwaltung war selbst überrascht, wie viele Fahrzeuge in städtischem Besitz sind. Konsequenzen wurden bisher nicht gezogen.

4. *Verkauf RNK. Gewinn von 25-30 Mio. Ebenso Alten- und Pflegeheime sowie ambulanten Pflegedienst.*

5. *Mit dem Verkaufserlös grundlegende Straßensanierung durch dauerhafte stadtteilweise Vergabe an Straßenbauunternehmen (ppp-System), Modell „Kreis Lippe“. Auflösung der Straßenbauabteilung. (mehrere Mio.)*

6. *Gemeinsame Steuerung aller Kultureinrichtungen, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit, WTF entwickelt zentrales Vermarktungskonzept, Kulturtourismus. Tourismuskonzept wird innerhalb von zwei Monaten fertig gestellt und innerhalb von 2 Jahren umgesetzt. Kooperation mit dem Umland. Dadurch Steigerung der Besucher- und Benutzerzahlen, solche sollten vorgegeben werden. (mindestens 1 Mio.)*

7. *Konzept zur Integration von Langzeitarbeitslosen. Diese gelingt nur, wenn auch Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte zur Verfügung stehen. Solche sind in verschiedenen Bereichen der Stadt grundsätzlich vorhanden, jedoch durch städtische Dienstleistungen mit hohem technischem Einsatz verloren gegangen. Geprüft werden sollte daher u.a.:*

    - *Straßenreinigung schrittweise an die Bürger zurückgeben (Folge: diese bestellen entspr. Dienste, diese wiederum stellen Arbeitslose mit geringer Qualifikation ein, so dass hierdurch eine nachhaltige Entlastung des Haushalts entsteht.*

    - *Prüfung Müll: nur noch Abholsystem, Folgen wie oben geschildert.*

    - *Grünpflege: Gartenbaufirmen beschäftigen auch Geringqualifizierte, bilden auch aus.*

8. *Mit Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart, keine Gehaltssteigerung für 2 Jahre.*

9. *Mittel- und langfristiges Konzept zur Integration von*

    - *Ausländern*

    - *Arbeitslosen/Sozialfällen*

    - *Jugendliche („Jeder Jugendliche hat einen Schulabschluss“) Dieser Abschnitt ist durch die Erstellung von zwei Konzepten (Schulabschluss für jeden Jugendlichen und Integrationskonzept) im Ansatz erfüllt, jedoch muss jetzt rasch aus den theoretischen Konzepten eine Umsetzungsstrategie entwickelt werden. Zeitraum: 2 Jahre.*

10. *Überprüfung aller Mitgliedschaften in überörtlichen Institutionen (RIS, Metropol-Region, Ost-Friesland-Konferenz, zahlreiche durch WFG) Einsparvolumen ca. 0,2 Mio.*

11. *Verkauf Kutterstraße, damit Auflösung der Beteiligungsgesellschaft, Einsparung der entspr. Verwaltungskosten. Der Rat hat dies grundsätzlich beschlossen, jedoch soll der Verkauf erst ab 2015 stattfinden. Die Geschäftsführung hat immerhin in der Zwischenzeit Verbesserungen des Ergebnisses zustande gebracht. Erneute Überprüfung der Verhältnisse ist dennoch erforderlich.*

12. *Nachdenken über Dezernatsverteilung. Können nach Ausscheiden von Dezernenten in den folgenden Jahren Dezernentenstellen eingespart werden? Gleichzeitig muss die Frage geklärt werden, ob im Gegenzug die Besetzung der Stelle des Kämmerers notwendig ist. Die Umstrukturierung der Beteiligungen und die drohenden enormen Schulden der folgenden Haushalte legen dies nahe.*

13. *Auch ohne AöR und Neustrukturierung erarbeitet die Verwaltung dem Rat vorzulegende Vorgaben für die Beteiligungen gem. § 150 NKomVG.*

14. *Für die in 2016 anstehenden Kommunalwahlen wird eine Verkleinerung des Rates um 6 Sitze beschlossen. Auf eine Erhöhung von Aufwandsentschädigungen wird verzichtet. Die Aufwandsentschädigungen in den Gesellschaften werden insgesamt um 50% gekürzt. Der Ältestenausschuss erarbeitet entsprechende Vorschläge.*

15. *Das Rechnungsprüfungsamt wird wesentlich stärker in das Controlling der vom Rat gefassten Beschlüsse eingebunden. Es berichtet dem Rat regelmäßig auch unterjährig.*

Alle von der Stadt „eingekauften" Dienstleistungen, besonders im sozialen Bereich, werden einer detaillierten Prüfung unterzogen, ob sie effizient und effektiv erbracht werden. Die bisher vorgenommenen Maßnahmen zur Senkung der Sozialausgaben (Streetworker, div. Familienhilfen, Schulsozialarbeit etc.) werden regelmäßig einer Prüfung auf Effizienz und Effektivität unterzogen. Dem Rat ist entsprechend zu berichten."

Herr Tjaden beantragte **Einzelabstimmung** über die Punkte des Antrages.

Herr Hellwig beantragte die **Rückverweisung in die jeweils zuständigen Fachausschüsse.**

Da der **Antrag auf Rückverweisung einstimmig angenommen** wurde (bei 6 Enthaltungen – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), entfiel die Abstimmung über den Antrag von Herrn Tjaden.

6.1.8.4 Langfristiges Konsolidierungsprogramm bis 2025

- keine Wortmeldungen -

6.1.8.5 Investitionsprogramm 2011-2015

- keine Wortmeldungen -

6.1.9 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011/2012 der Stadt Wilhelmshaven **329/2011**

- keine weiteren Wortmeldungen -

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven, einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts (HSK).

6.2 Betriebsausschuss Krankenhaus (Beigeordneter Biehl)

6.2.1 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2010 **319/2011**

Herr Biehl trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 31.10.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2010 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 49.673,41 € festgestellt. Das Ergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

6.3 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Beigeordneter Veh)

6.3.1 Jahresabschluss 2010 Straße und Grün in Wilhelmshaven (SGW) und Entlastung der Betriebsleitung **318/2011**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 18.11.2011 vor.

Herr Dr. von Teichman sah für die Zukunft Verbesserungsbedarf, da die Bürger mit den Leistungen nicht zufrieden seien. Als Beispiel sei hier zum einen der schlechte Zustand der Straßen zu nennen, bei denen vielfach die Schäden des letzten Winters noch nicht beseitigt seien, zum anderen der Bereich der Grünpflege. Seiner Meinung nach seien hier Änderungen dringend von Nöten, was er als Aufgabe von Betriebsführung und Betriebsausschuss sehe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1) Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven zum 31.12.2010 wird gemäß der Abschlussprüfung von Herrn Steuerberater Diplom-Ökonom H.-J. Behrens mit einem Jahresgewinn von 289.793,90 € festgestellt. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.

2) Der Jahresgewinn wird in voller Höhe in die allgemeine Rücklage eingestellt.

3) Gemäß §30 Eigenbetriebsverordnung Niedersachsen wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner berichtete über die Planungen für eine strategische Neuausrichtung der Krankenhäuser des Landkreises Friesland und der Stadt Wilhelmshaven. Ziel sei dabei, die Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher Hand der beteiligten Kommunen zu behalten. Insbesondere solle das hohe Niveau der Versorgungssicherheit der Bevölkerung gesichert und da, wo es möglich sei, verbessert werden. Gleichzeitig werde die Angleichung der Standards aller Häuser angestrebt. Dazu sollten auch mögliche Förderungen von Land und Bund genutzt werden.
Die einzelnen Aspekte der Zusammenarbeit würden in einem Entscheidungsgremium vorbereitet, das sich aus den Geschäftsführern, den Vorsitzenden der Aufsichtsgremien, den Pflegedienstleitungen und den ärztlichen Direktorien der beteiligten Krankenhäuser zusammensetze. Diese Zusammenarbeit solle über eine bloße Kooperation hinaus gehen; so werde auch eine gesellschaftsrechtlichen Verflechtung nicht ausgeschlossen. Von dieser Zusammenarbeit erhoffe man sich eine größere Attraktivität der Region als Gesundheitsstandort und wolle die medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger in der Region sicherstellen. Letztlich sei auch eine größere Effizienz und damit eine wirtschaftliche Gesundung in den Kliniken gewollt.
Der Rat werde weiterhin regelmäßig über den Sachstand informiert.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien **541/2011**

Herr Föhlinger trug folgenden Antrag auf Umbesetzung von Gremien vor:

„Die SPD benennt für die Stadtwerke GmbH anstelle von Herrn Veh Herrn Debring."

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen** (bei Enthaltung von Herrn Debring).

B. Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Radmer fragte bezüglich Tagesordnungspunkt 6.1.8.4 „Langfristiges Konsolidierungsprogramm bis 2025". Dazu bitte er um Auskunft, in welchem Jahr die Nettopositionen, also das Vermögen der Stadt abzüglich der Schulden, einen negativen Stand erreichten bzw. wann die Stadt insolvent werde.

Eine Beantwortung wurde zu Protokoll zugesagt.

Folgende **Antwort** liegt dazu vor:

„Die Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (Doppik) hat die Stadt Wilhelmshaven als eine der ersten Kommunen in Niedersachsen bereits im Jahr 2007 vorgenommen. Entsprechend des vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt geprüften ersten Jahresabschlusses für dieses Jahr beträgt die Nettoposition rund 172 Mio. €, abzüglich des Basis-Reinvermögens von rd. 52 Mio. € immer noch rd. 120 Mio. €. Die Aufstellung und Prüfungen der Jahresabschlüsse für die Folgejahre sind im Prozess und werden noch zu einer Änderung der Nettoposition führen.

Die Nettoposition wird aufgrund der beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und der zu erwartenden Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in Wilhelmshaven u.a durch die Inbetriebnahme des JadeWeserPort nicht aufgezehrt."

Herr Radmer stellte eine weitere Frage zu Punkt 6.1.8.3 „Haushaltssicherungskonzept 2012". Hier bat er um Benennung wesentlicher endogener und exogener Faktoren, die zu Einsparungen im Haushalt führen könnten.

Herr Stoffers verwies dazu auf die Kenntnisse von Herrn Radmer aus seiner Ratstätigkeit. Die Problembereiche, wie zum Beispiel Soziales oder Jugend, aber auch geänderte Gesetzgebungen, dürften ihm hinlänglich bekannt sein. Die ausführliche Beantwortung der geforderten Angaben würden den Rahmen der Einwohnerfragestunde deutlich überschreiten.

Frau Albers schlug als Tipp für eine Einsparung vor, den Tannenbaum am Berliner Platz zu Weihnachten als dauerhafte Bepflanzung vorzusehen, anstatt diesen jedes Jahr neu aufzustellen.

Herr Dr. Graul erklärte, es handele sich hierbei um eine Spende der Loge, so dass der Stadt dadurch keine Kosten entstünden. Dennoch gebe es Überlegungen, einen Baum dauerhaft in Rathausnähe anzupflanzen.

Herr Biehl legte abschließend kurz die Hintergründe dieser Spende dar.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 16:35 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin